

Kamener Zeitung

Wöchentliches Einzelblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einseitigen Blattseite 60.— Mark, bei lokalen Anzeigen 40.— Mark. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Inseritionsbedingungen. Abnahmebedingungen und Preis der Kamener Zeitung 6. M. B. S. in Kamen, Geschäftsstelle: Kamen, Weststraße 10, Fernsprecher 1.

Vollständig für Kamen und Umgebung verbunden mit der Märkischen Zeitung.

20 000 Mt. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis 4000 Mt. Falls wir in der Vorausgabe oder Aufstellung der Zeitung gehindert sind, hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: G. Schödel, Kamen.

Nr. 121

Montag, den 28. Mai 1923

51. Jahrgang

Bedingte Zulassung von Polizeiverstärkungen bei den Unruhen.

Der Stellvertreter des Düsseldorf-Regierungspräsidenten, Oberregierungsrat Dr. Lutterbeck, hatte an den französischen General Denavignes ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die Unruhen, die Erlaubnis zur weiteren Einschleppung von Polizeimannschaften nachsuchte. General Denavignes hatte dies Ersuchen abgelehnt. Auf ein erneutes Gesuch des Regierungspräsidenten Grüner um Entsendung von Schutzpolizei in das durch die Kommunisten gefährdete Gebiet war wiederum von General Denavignes abgelehnt worden. Doch hat der General erlaubt, daß die kommunale Polizei in den Orten verwendet werden darf, wo die Lage gerade bedrohlich ist. Die Erlaubnis ist an die Bedingung geknüpft, daß sich der französische Kommandant des Ortes, aus dem die Polizei kommt und des Ortes, in dem sie verwendet werden soll, sowie der französische Divisionär mit der Verwendung und dem Transport der Polizei einverstanden erklären.

Blutiger Handgranatenüberfall in Dortmund.

(TU) In Dortmund wurde an der Burgholzstraße am Sonntag nachmittag ein mit Polizeimannschaften besetztes Auto von den Streikenden überfallen, beschossen und mit Handgranaten beworfen. Dabei wurde ein Polizeioberwachtmann getötet, einer durch 2 Lungenschüsse und 6 andere sonst schwer verletzt. Auch die Angreifer hatten Verluste. Zwei zur Hilfe anrückende Polizeiautos wurden gleichfalls in ähnlicher Weise überfallen. Die an dem Überfall beteiligten Kommunisten waren mit den modernsten Feuerwaffen, besonders Handgranaten, ausgerüstet. Ein für die Nacht geplanter allgemeiner Angriff gegen die Polizei unterließ trotz zum Teil bereitgestellter Hunderttausenden, angeblich wegen Nichtauftreffens aufgebotener Truppen.

Am Sonntag vormittag wurde ein an derselben Stelle vorbeifahrender unbewaffneter Feuerwehrrmann vom Nade gerissen und in bestialischer Weise mißhandelt, so daß er schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht wurde. In der Heroldstraße hielten die Kommunisten ein Automobil an, in dem sich zwei Herren befanden. Während es dem einen, einem Arzt, gelang, zu entkommen, wurde der andere schwer mißhandelt. Da man in ihm einen Schupoemann vermutete, benachrichtigten die Kommunisten die französische Gendarmerie, die feststellte, daß es sich um einen Kaufmann aus Hagen handelte.

In Gelsenkirchen

ist die Lage unbedenklich. Die örtlichen Gewerkschaften haben ihren Austritt aus der auf gewerkschaftlicher Grundlage gebildeten Sicherheitswehr erklärt. Im Laufe des Samstag-Abends haben mehrere hundert Mann starke Bänder die Bege „Konfolidation“ mitgelegt. Auf der Bege „Heineke“ haben die Aufreißer auf Grund eines von der Sicherheitswehr unterzeichneten Requisitionsbogens 2 Kraftwagen beschlagnahmt. Im Landkreis Gelsenkirchen ist es ruhig. Es wird starker Zug auf aufrührerischer Elemente nach Wanne gemeldet. Im Landkreis Sittlingen ist es ruhig. Die in der Gemeinde Stiebel gelegenen Beiden sind, da Staatsarbeiten verweigert werden, in Gefahr, zu erlaufen. In Witten sind bei den Unruhen etwa 10 Aufreißer schwer verletzt worden.

Die Bürgerschaft der deutschen Industrie.

(TU) Im Laufe des Sonntag-Nachmittags haben Besprechungen zwischen den Mitgliedern der Reichsregierung und den Mitgliedern des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie stattgefunden. In der Beratung wurde eingehend die Frage der Garantieleistung durchgeprochen. Die Präsidialmitglieder des Reichsverbandes ließen der Reichsregierung ein Schreiben zugehen, das in sehr umfangreicher Weise über das gesamte Garantielproblem spricht und eingehend den Standpunkt, den die Industriellen einnehmen, entwickelt. In diesem Schreiben ist dem Wunsch der Regierung Rechnung getragen. Zu Beginn der kommenden Woche wird sich der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie in seiner Gesamtheit mit der Wiederherstellung der Reichsregierung ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei, den Reichstagsabgeordneten Hermann Müller und das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Dr. Hifferding. Später

wurden die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft vom Reichsminister zur Rücksprache empfangen. — Gestern vormittag hat dann noch eine Besprechung im Reichsministerpalais stattgefunden, an der die Führer der deutschen nationalen teilgenommen haben. Die Besprechungen mit den Parteiführern dürften damit vorläufig ihren Abschluß gefunden haben. Ueber das Ergebnis wird an zuständiger Stelle stillschweigend berichtet.

(TU) Wie wir hören, handelt es sich um die Bereitwilligkeit der Industrie, einen Betrag von 200 Millionen Goldmark vorzulegen zu wollen. Die Industrie stellt dafür eine Reihe von Bedingungen, die insbesondere nach der Richtung gehen, daß die deutsche Wirtschaft von allen auf ihr lastenden Bindungen befreit wird und daß andererseits die deutschen Eisenbahnen nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen verwaltet werden.

Schlageter erschossen!

(W.) Der vom französischen Kriegsgericht wegen Sabotage zum Tode verurteilte Kaufmann Albert Leo Schlageter wurde Sonntag morgen 4 Uhr in Düsseldorf am Mande des Nordfriedhofs von französischem Militär durch Erschießen hingerichtet. Wie verlautet, ist Schlageter, dem um 3 Uhr Mitteilung von der bevorstehenden Hinrichtung gemacht worden war, völlig gefaßt in den Tod gegangen. Anwesend bei der Erschießung waren der Verteidiger Schlageters, Rechtsanwalt Dr. Sengstock und zwei katholische Geistliche.

Der stellvertretende Regierungspräsident, Oberregierungsrat Lutterbeck, hat gegen die Vollstreckung des Todesurteils bei General Denavignes folgenden Protest eingelegt: „Diese Nacht hat die französische Militärgewalt mit unerbittlicher Beschleunigung das von ihr in unzulässiger Weise ausgesprochene Todesurteil an dem Kaufmann Schlageter vollziehen lassen. Dieser Justizmord an einem Vaterlandsliebenden, wenn auch in der Wahl seiner Mittel irreführenden Manne, wird nicht nur die deutsche Bevölkerung, sondern auch die übrige Kulturwelt mit Entsetzenserschauern erfüllt und im Rheinland dem französischen Volke für ewig unvergessen bleiben. Es gibt kein Recht der Welt, das einer fremden Macht gestattet, mitten im Frieden über Leben und Tod eines Angehörigen einer anderen Nation im Hoheitsgebiet dieser anderen Nation zu entscheiden. Gegen die völkerrechtswidrige Erschießung des Kaufmanns Schlageter erhebe ich hiermit nachdrücklich Protest.“

Der Verhandlungsweg des Bergarbeiterführers Essler.

Der Bergarbeiterführer Heinrich Essler vertritt in der Zeitschrift „Der Bergbau“ einen Auffass, den er „Einen Weg zu Verhandlungen“ nennt, und in dem er sich zunächst mit dem aus der Bevölkerung selbst geborenen Entschluß zur passiven Resistenz beschäftigt. Nachdem er die wirtschaftlichen Ergebnisse der vier Monate Ruhekampf untersucht, geht er auf die französischen „Waffenstillstandspläne“ ein und gelangt zu folgenden Ansichten: „Eine Art Waffenstillstand während der Dauer von Reparationsverhandlungen wäre schon denkbar. Dies um so eher, weil doch auch nach den amtlichen Regierungserklärungen der Besatzungsstaaten kein Krieg besteht und es daher widersinnig wäre, daß das Wirtschaftsleben während der Führung von Reparationsverhandlungen weiter gestört bleiben und die Produktivität zurückgehalten werden würde. Unter folgenden Bedingungen müßte der Versuch gemacht werden, während oder auch schon vor dem Beginn der Verhandlungen zur normalen Arbeit zurückzukehren; also den passiven Widerstand aufzugeben.“

1. Es werden alle Ausweisungen aus den besetzten Gebieten rückgängig gemacht und die Zurückgekehrten nehmen ihre früheren Arbeits- bzw. Dienststellen wieder ein.
2. Die von den Militärbehörden Inhaftierten und von Militärgerichten Verurteilten werden freigelassen.
3. Eingriffe der Besatzungsmächte in das Wirtschaftsleben, die öffentliche Verwaltung und politische Freiheit der Bürger finden statt. Nach solchen oder ähnlichen Ermächtigungen würden die Bewohner am Rhein und an der Ruhr, nicht nur die Militärkräfte, die sie bislang sahen, sondern auch den Willen zur Verständigung erkennen. Dergleichen Vorvereinbarungen, die zunächst gar nicht das Gebiet der Reparationen betreffen, sind möglich. Deutschland würde durch sie keinesfalls eine Vereinfachung des Einmarsches anerkennen. Das Ziel der Reparationsverhandlungen muß natürlich die

volle Freiheit der gewaltlos besetzten Gebiete sein, wie es ja überhaupt es Aufgabe von Verhandlungen sein wird und muß, aus der Zerstörung heraus, zu nützlicher und aufbauender Arbeit, zum Segen der seit Jahren gepeinigten Menschheit zu kommen. Um aber überhaupt vorwärts zu kommen, könnten Vorvereinbarungen in dem angedeuteten Sinne abgeschlossen werden. Mögen die Staatsmänner entscheiden, und dann wird die Geschichte über sie urteilen.

Diese Vorschläge des Herrn Essler, die zweifellos gut und anerkennenswert sind, haben nur einen Nachteil, daß sie zwar bei uns viele Freunde und Anhänger besitzen, auf der französischen Seite aber bisher kein Verständnis gefunden haben und auch zukünftig gewiß keines finden werden. Das haben die jüngsten, ganz ablehnend gehaltenen Noten ja zur Genüge gezeigt.

Internationaler Sozialistenkongress.

Auf dem internationalen Sozialistenkongress betonte bei der Ansprache über den Paß gegen die internationale Reaktion Wels-Deutschland, die Deutschen seien in der Welt recht oft mißhandelt worden. Es sei ein kompletter Ansturm zu behaupten, daß in Deutschland durch die Revolution nichts geändert worden sei. Deutschland sei eine demokratische Republik. Daß dieses Staatswesen bis heute keine frohen Tage gehabt habe, liege an den inneren und äußeren Verhältnissen. Der Moskauer Kommunismus und der Pariser Militarismus seien die beiden Gelfer der deutschen Reaktion. (Stille Zustimmung.) Deutschlands Sozialistisches Lager im Ruhegebiet und am Rhein. Siehe an der Ruhe der Militarismus, so sei das die Tragödie der deutschen Republik. Nur für diese kämpfte die deutsche Arbeiterbewegung gegen den französischen Militarismus. Die deutsche Republik sei nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische eine allgemeine menschliche Not. Der Redner appellierte an die ausländischen Sozialisten, die deutsche Republik zu helfen. An ihrer Aufrechterhaltung habe nicht allein Deutschland, sondern auch Frankreich das dringendste Interesse. Es ist überall, so schloß Wels, derselbe Feind, den wir bekämpfen müssen und eine Tat macht uns alle frei. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf erklärte Welsford-England den Bericht der Kommission über den Kampf gegen die internationale Reaktion. Die Kommission schlug zwei Resolutionen vor: Eine über die allgemeinen Fragen der internationalen Reaktion, die andere über die russische Frage. Ueber die erste Resolution bestand, wie der Redner erklärte, in der Kommission Einigkeit, während bezüglich der zweiten Meinungsverschiedenheiten herrschten. Beide Resolutionen wurden aus von der Vollversammlung, die zweite unter Zustimmung der englischen Delegierten, angenommen. Zum Thema Friedensverträge und Reparationen führte Wels eine Vorrede-Delegation u. a. aus: Man wolle ihm vor, daß er seine Unterschrift unter den Versailler Vertrag gesetzt habe, er müsse erklären, daß auch die Unterschrift von Hermann Müller und Renner unter den Versailler Frieden. Von italienischer Seite wurde ihm hier zugeworfen, daß dieses doch wohl etwas anderes sei. Wels erklärte, er wisse, er habe dem Vertrag zugestimmt, weil er wenigstens die Befreiung Belgiens von fremder Besatzung und den Anspruch auf Reparationen bedeutete und weil der Vertrag in sich selbst seine eigene Revision vorsehe. Die belgischen Sozialisten seien für eine Politik wirklichen Friedens und gerechten Ausgleichs und hätten auch gegen die Ruhrbesetzung auf das schärfste angekämpft.

Die einstimmig angenommene außerordentlich umfangreiche Entschließung zur Frage der Friedensverträge und Reparationen bezeichnet die Überwachung der Politik durch die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder als deren wichtigste Aufgabe und fordert die Ausarbeitung internationaler Konflikte vor einem unparteiischen Schiedsgericht. Ferner wird die Arbeiterbewegung aufgefordert, dafür einzutreten, daß der Völkerverbund durch die Aufnahme aller Nationen und durch Demokratisierung seiner Einrichtungen zu einem wirksamen Instrument zum Schutz des Rechts und des Friedens der Völker und zur Bekämpfung bestehender internationaler Verträge umgestaltet wird. Zur Reparationsfrage selbst fordert der Kongress die endgültige Feststellung der von Deutschland noch geforderten Summe und die Aufstellung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen Deutschland sobald wie möglich von seiner Schuld befreit und alsbald den Gläubigermächten die notwendigen Summen zur Verfügung stellt. Die Resolution spricht sich in diesem Zusammenhang für den Abschluß von Nebereinkommen zwischen den alliierten Re-

gierungen aus, die es ermöglichen für die eigentlichen Reparationen die Gesamtsumme der erwähnten Zahlungen zu verwenden, was seitens der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten den Verzicht auf ihre Forderungen an Deutschland, soweit sie die Militärpensionen betreffen sowie die allgemeine Amnestie für ihre gegenseitigen Forderungen und Schulden voraussetzt. Die jüngsten Vorschläge der deutschen Regierung und die darauf gegebenen Antworten müßten den Anlaß zur Eröffnung von Verhandlungen bieten, die zu einem Abschluß führen. Der Kongress brandmarkt von vornherein jede Regierung, die die Einstellung von Verhandlungen bereiten würde und wendet sich schließlich einmütig und mit größter Energie gegen die Ruhrbesetzung, die das höchste Recht auf Frieden und Arbeit verleiht. Jede offene und verdeckte Annexion deutscher Gebiete und die Zerstörung der deutschen Einheit wird verworfen und der deutschen Arbeiterbewegung, die sich zur gleichen Zeit den Druck eines fremden Militarismus und die Aufreizung ihres eigenen Nationalismus zu widerlegen versteht, brüderlicher Solidarität versichert. Schließlich werden die sozialistischen Arbeiterparteien zur Vertretung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker im Westen und Osten Europas aufgefordert. Nach einem kurzen Schlußwort von Wels wird der Kongress geschlossen.

Tagung des Gewerkevereins Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker).

Die Tagung des Gewerkevereins deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker) nahm am Nachmittag des 2. Feiertages in den Räumen des Kaffeehauses ihren Anfang. Um 5 Uhr begann die Delegierten-Vorversammlung. Anwesend sind 60 Delegierte aus dem ganzen Reich, einschließlich der Mitglieder des Hauptvorstandes. Der 1. Vorsitzende des Hauptvorstandes, G. Hirsch, eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache. Er wies in seinen Ausführungen auf die Ruhrbesetzung hin und gedachte in herzlichen Worten der dort kämpfenden Arbeitsgenossen. Er bezeichnete in großen Zügen ein Bild der nächsten Aufgaben der Gewerkevereine und wies auf die Bedeutung der Feiner Tagung hin, die in ihren Verhandlungen Weg und Ziel für das künftige Wirken des Gewerkevereins deutscher Metallarbeiter finden soll. Nunmehr trat die Versammlung in die Besprechung vorbereitender geschäftlicher Angelegenheiten ein. Es wurde eine Mandatsprüfungskommission eingesetzt, die sich zusammensetzt aus Meyer-Köln, Brune-Schwarte, Tramer-Leipzig. Aus ihrem Bericht ergibt sich, daß sämtliche Mandate gültig sind. Darauf schreitet man zur Wahl des Vorstands des 19. ordentlichen Delegiertentages. Als 1. Vorsitzender wird Gleichauf gewählt, Meyer-Köln und Müller-Meyerhödt zu Stellvertretern.

Am Abend des 2. Pfingstfeiertages, in unmittelbarem Anschluß an die Delegierten-Vollversammlung, fand eine Begrüßungsfeier in den oberen Räumen des „Kaffeehauses“ statt, die von der Ortsgruppe des Gewerkevereins Deutscher Metallarbeiter veranstaltet wurde. Dank der Aufopferung aller Mitwirkenden nahm der Abend einen schönen und harmonischen Verlauf.

Die Begrüßungsworte für den Vorstand der Ortsgruppe des Gewerkevereins der Metallarbeiter sprach Vorsitzender Gleichauf, für den Ortsverband Deutscher Gewerkevereine Herr Keller. Im Namen des Bezirks führten Begrüßte Bezirksleiter Fergang-Erfurt. Kaufmann Holschein-Jena sprach im Auftrage des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter, Angeordneten und Beamten.

Für den Hauptvorstand des Gewerkevereins Deutscher Metallarbeiter und im Namen der Delegierten dankte 1. Vorsitzender Gleichauf-Verlin, der nach einem kurzen historischen Rückblick die neuen Fragen, die heute die deutsche Arbeiterbewegung beschäftigen, behandelte und dann auf die politischen Fragen, die unsere Zeit bewegen, zu sprechen kam. In seinen Ausführungen zeigte er Möglichkeiten und Notwendigkeiten der positiven Mitarbeit der Deutschen Gewerkevereine, die ihrer ganzen Struktur nach sich besonders zur Mitwirkung dieser Fragen qualifiziert haben. Vor eine große Aufgabe sind wir gestellt: unsere Formdemokratie zu erfüllen mit Blut und frischem Leben, d. h. Republikanisierung der Republik. In dieser Hinsicht fällt der deutschen Arbeiterbewegung und den Gewerkevereinen im besonderen eine große Aufgabe zu.

